

Hallische Zeitung

vorm. im G. Schwetschke'schen Verlage. (Hallischer Courier.)

Intelligenzblätter für die fünfgepaltenen Zeile oder deren Raum für Halle u. Reg.-Bez. Merseburg nur 15 Pf. Sonntags 18 Pf. Redaction am Schluß des reactionellen Heftes pro Zeile 40 Pf.

Nummer 96.

Halle, Dienstag, 24. April 1888.

180. Jahrgang.

Halle, den 23. April.

Der Kaiser.

Berlin, 22. April, Mittags.

Zwischen gestern und heute hat sich der Krankheitszustand des Kaisers kaum merklich verändert. Die Nacht war ziemlich ruhig verlaufen und nur durch etwas Husten unterbrochen; auch hatte nässiger Eiterausfluß stattgefunden. Das Fieber war nur um einen Bruchtheil gegen gestern Abend zurückgegangen; gestern um diese Zeit 38,5, heute Morgen 38,4 Grad. Somit wurde bei der heutigen Morgenuntersuchung der Verthe das Allgemeinbefinden verhältnismäßig befriedigend gefunden; der Zustand läßt der Ansicht Raum, daß die Furcht, welche die hinter uns liegende Woche beherrschte, etwas zurückgebracht wird. Aber der jeweilige Stillstand des Leidens gewährt noch nicht den mindelsten Anhaltspunkt für die Weiterentwicklung.

Das am heutigen Morgen am Charlottenburger Schlosse angefertigte ärztliche Bulletin hat folgenden Wortlaut:

Charlottenburg, den 22. April 1888, Morgens 9 Uhr.

Er. Majestät der Kaiser und Königin hatte eine ruhige Nacht. Das Fieber hatte sich wieder ermäßigt. Das Allgemeinbefinden ist besser. Madonzie. Wegner. Krause. Howell. Leyden. Senator. Von anderer Seite wird geschrieben:

Zwischen Furcht und Hoffnung schwelt Kaiserhaus und Volk auch heute. Nach den trostloseren Meldungen des gestrigen Tages kommt heute wieder ein lecher Hoffungsstang. Die verwichene Nacht war ruhiger, das Fieber hielt sich in mäßigen Grenzen und fast ganz Morgen beruht, daß das Allgemeinbefinden relativ befriedigend genannt werden konnte.

Die Nachtzüge war allerdings durch Husten häufig unterbrochen, aber auch der nur zeitweilige Schlaf stärkte den hohen Patienten beruht, daß die Verthe heute Morgen geradezu überaus ruhig waren von der verhältnismäßigen Furcht des Kaisers. Der Krankheitszustand zeigt sich gegen die jüngsten Tage kaum vermindert; auch heute sind noch keine Anzeichen vorhanden, welche bestimmt auf eine Affektion der Lungen deuten.

Die Eiterung dauert an, wenn auch nicht mehr im Uebermaße, wie Mittwoch und Donnerstag; der Eiter ist dickflüssiger geworden. Dies als ein unangeneimes Symptom auszulagen, wie ein konvalescens Blatt jüngst gethan, läßt sich wissenschaftlich nicht rechtfertigen.

Der Kaiser, wie schon oft erwähnt, der gebaltigste und langsamste Patient von der Welt, nimmt, den Wessungen der Verthe zufolge, verhältnismäßig große Mengen der in bekannter Weise bereiteten Nahrung zu sich, obgleich sein Appetit nicht eben bedeutend ist. Die geistige Regsamkeit des Schwerverkranten ist mit seinem körperlichen Zustand nur schwer in Einklang zu bringen, und es bedarf der unausgesetzten Mahnungen der Verthe, um den Drang des Kaisers, Regierungsgeschäfte aller Art zu erledigen, zu dämpfen.

Das Verhältnis Kaiser Friedrichs zum Reichszantler, dessen Vorträge er mit regstem Interesse folgt, wird uns als ein so herliches, und die Theilnahme des Fürsten Bismarck als eine so aufrichtige und rührend gefühlte, daß der Wille des Kaisers vom Krankenbette sich stets zu einer herzbelebenden Szene gestaltet.

Der geistigen Volktraft und Wohlthat des Kranken Kaiser entspricht freilich die Gemüthsstimmung in den jüngsten Wochen und Tagen nicht mehr. Angesichts der oft verweselteten Lage und der schweren Lebensbedingen ist es gewiß nicht zu verwundern, daß zeitweise eine starke feistliche Depression sich geltend macht. Der Kaiser ahnt, wenn man ihm auch die Gemüthsstimmung, daß die Hoffnung auf seine Wiedergesundung so ziemlich aufgegeben ist. Gleichwohl leidet er den Trostspitzen seiner heldenmüthig um ihr wolkenden Gattin und seiner karkhsopigen Tochter stets ein williges Ohr und lächelt seine Lieben so heiter an, als wollte er selbst ihren Trost spenden.

Seit in aller Frühe betrat Prinzessin Margarete, die eben ihren 16. Geburtstag begeht, das Krankenzimmer ihres kaiserlichen Vaters, nahm dessen leise mit dem Lippen geäußerte Glückwünsche entgegen und küßte, mit hellen Thränen in den Augen, Hände und Stirn des hohen Kranken.

Als die Professoren Krause und Leyden heute Vormittag 10 Uhr, nach der zur Redigierung des Bulletins abgehaltenen Konferenz, das Charlottenburger Schloß verließen, wurden sie wieder von dem bereits nach Hunderten zählenden Publikum umringt, welches aus Verbathene nach dem Befinden des Kaisers fragte und die Antwort, daß es heute besser geht, mit heller Freude begrüßte.

Dr. Madonzie äußerte heute Mittag auf Befragen: „Das Fieber hat abgenommen, die Kräfte nehmen zu, der Appetit ist reg.“ Die aus dem Schlosse in die Stadt zurückkehrenden Aorte antworteten alle dem mit Fragen anirrenden Publikum übereinstimmend: sie hätten den Kaiser seit dem letzten Erkrankungsanfall nie so gut aussehend und verhältnismäßig wohl gefunden wie heute.

Die kaiserliche Familie erwartete zum Nachmittag größeren fürstlichen Besuch. Der Kaiser konnte gegen Mittag das Bett verlassen und auf dem Sopha sich

niederlassen, wo er las und schrieb, auch einige Vorträge entgegennahm.

Was die das Fieber veranlassende Ursache an betrifft, so weist dieselbe mehrfach von dem Bilde der gewöhnlichen acuten Bronchitis (Luftröhren-Entzündung) ab. Dieselbe, meist durch Erkältung veranlaßt, beruht auf einer Entzündung der Schleimhaut der größeren, in der Länge sich bewegenden Luftwege, mit Einwirkung des Gewebes und Erweichung einer in den ersten Tagen glasig-zähen, später schleimig-eitrigen und weichen Masse, welche dem Entsprechend in der ersten Periode schwieriger ausgehütet wird. Beide Momente bedingen natürlich Bewegung der Luftröhre und Hängenwohl, wobei als weitere Symptome der von der Entzündung herrührende Schmerz und Hustenreiz nebenher treten, welche sich aber gewöhnlich in mäßigen Grenzen hält. Hierin und in der starken Eiterabsonderung, welche wohl wesentlich als von dem primär erkrankten Schleimhäuten herzuwachsen läßt, liegt die wesentliche Abweichung von dem Bilde der Bronchitis. Zugleich liegt darin die categorische Nothwendigkeit für die Behandlung Verthe — und in dieser Hinsicht konnte der hohe Kranke in gar nicht in besseren Händen sein, den Zustand der Brustorgane anderweitig sorgfältig zu überwachen, um schon den Beginn einer etwaigen complicirten Erkrankung wahrzunehmen.

Generaladjutant General von Winterfeld erklärte bei Verlassen des Schlosse, der Kaiser habe heute früh so gut ausgesehen, wie im ganzen Verlaufe der letzten Krisis nicht.

Mit Bezug auf eine nach dem Charlottenburger Neuen Intelligenzblatt wiedergegebene angelegliche Aeußerung des Kaisers gegenüber dem General-Feldmarschall Grafen Blumenthal: „Mein lieber Blumenthal, es ist fast nicht mehr zu ertragen!“, wird von bestunterrichteter Seite vertheilt, daß dieselbe völlig erfinden ist.

Weiter sagt die Nordd. Allg. Zig.: Nach den Darstellungen des Berliner Fremdenblattes der Hoff der Verthe-Behandlung und anderer sollte man im Schlosse zu Charlottenburg in den Nachmittagsstunden auf das Schloßmüch gefahrt gewesen sein, und hätten die Beamten des Hofmarschallats Ordre erhalten, die Bureau nicht zu verlassen. Erfrankungswiese stellen sich diese Gerüchte, wie oben ersichtlich, durchweg als grundlos heraus.

Gegen das Fieber ist, wie der „Nat. Zig.“ anmerkt wird, an Stelle des Antipyridin, das nach mehrmaligen Gebrauche (wie das häufig beobachtet wird) keine Wirkung verlor, Chinin-Verthe, d. h. eine Mischung von Chininrind, verordnet worden, das der Kaiser auf den 23. April vertheiligt in bestimmtem Zeitraume nimmt. Morphin wird, je nachdem es der Zustand des Kaisers erfordert, verordnet.

In einer längeren, uns über den Leidenszustand des Kaisers eingehenden Korrespondenz heißt es:

Verwunderung erfüllt alle Herzen über die seltene Standhaftigkeit des Schwerverkranten, der den eigenen Gefühlen keinen Ausdruck in gesprochenen Worten zu geben in der Lage ist, sondern nur schriftlich dieselben flüchtig seinen Lieben mittheilen vermag. Höchstwahrscheinlich wirken in dieser Beziehung die Worte, welche unser Kaiser und Königin Allerhöchstem Sohne, dem Kronprinzen Wilhelm, vor Kurzem auf ein Blatt Papier schrieb: „Sie lauten: „Gerne zu leiden ohne zu klagen; das ist das Einzige, was ich Dich lehren kann.“

Eine große Menschenmenge war den ganzen Sonntag über vor dem Schloß. Die Hoffnung steigt, daß der Monarch den letzten Anfall überstehen werde.

Das Bulletin von Sonntag, 9 Uhr Abends lautet: Er. Majestät der Kaiser hat heute einen ziemlich guten Tag. Das Fieber war während des Tages geringer als an den früheren Tagen, jedoch trat Abends wieder eine Steigerung ein.

Madonzie. Wegner. Krause. Howell. Leyden. Senator.

Frankreich.

Die französische Deputirtenkammer hat eine Kommission gewählt, die der Revision der Verfassung im Prinzip zustimmt. Nach W. T. B. besteht sie aus 4 Mitgliedern, welche gegen jede Revision sind, 2 Mitgliedern, welche die sofortige Revision der Verfassung wünschen und aus 5 Mitgliedern, welche zwar eine Revision der Verfassung wollen, einer Vertheilung der Revision, welche die Regierung vorschlagen würde, aber zu vermeiden wollen. Ein Richter des Senats, der Hr. J. G. geht die Rollen etwas anders: sechs Deputirte für die von der Regierung beantragte Vertheilung der Revision, zwei für die sofortige, drei gegen jede Revision, eine Angehörige, die schließlich auf daselbe Resultat hinausläuft.

Im Senat fand Floquet gleich Gelegenheit, sich über dieses große Thema zu äußern. Auf eine Interpellation des Senators Trarieux, betreffend die allgemeine Politik des Cabinets, erklärte der Ministerpräsident,

daß zur Vornahme einer Revision der Verfassung eine Vertheilung mit dem Senate notwendig sei. Wenn man Veränderungen der Vertheilungen zwischen der Kirche und dem Senate vorschlagen will, so muß man sich mit dem Senate verständigen oder die Gewissensfreiheit angreifen. Es ist nicht der von der Stadt Paris eroberten Antriebe der Regierung geneigt, die Nothwendigkeit der Municipalität zu vermeiden, aber nicht, für die bewährteste Polizei zu übernehmen. In der Frage der Vertheilung des Senats, wenn es einige Anträge auf Abänderung der Zusammenstellung des Senats einbringen sollte, in erster Linie den Senat veranlassen, über einen solchen Antrag zu vertheilung. Man muß die Vertheilung der gewöhnlichen Vertheilung aus dem Gesetz entfernen. Man muß zeigen, daß das freie Volk lassen der parlamentarischen Institutionen diejenige Gemüthsstimmung äußern könne, welche in der Diktatur gleich werde. Man

müßte die Waffen ihren Vertheilern erkennen lassen, diese müßten das Vertrauen zur Regierung wieder gewinnen. Dann sei die Aufgabe der Regierung eine leichte. Er habe seinen Vorschlag als Ministerpräsident übernommen mit dem Entschlusse, die Diktatur die Prinzipien des republikanischen Regiments entgegenzusetzen. Den Renaut erklärte, daß er die Antwort Floquet's nichttheilt und ungenügend finde.

Schließlich nahm der Senat die von der Regierung gebilligte einfache Tagesordnung mit 135 gegen 106 Stimmen an.

Die Deputirtenkammer hatte am Sonnabend eine ruhige Sitzung, sie berathete über die Weis- und Alkoholsteuer. Desto unruhiger war es in der Foyer. Vor Beginn der Sitzung kam es in den Wandelgängen zu einem lebhaften Aufruhr.

Einige republikanische Deputirte tadelt die Haltung der Polizei-Agenten, welche, wie sie behaupteten, die meisten Vertheilungen, welche gegen Boulanger öffentlich demonstrieren, nicht behandelt, während sie boulangistische Manifestanten schonten. Der Polizei-Beauftragte theilte die Wichtigkeit dieser Demonstrationen, indem er erklärte, die den Polizei-Agenten ertheilten Instruktionen erlaubten denselben in keiner Weise, derartige Instruktionen zu machen. Nichtsdesto weniger auch in den Wandelgängen des Senats vor. Ein Senator fragte den Ministerpräsidenten Floquet, ob der Polizei befohlen habe, gegen diejenigen einzuschreiten, welche riefen: „es lebe die Republik“, dagegen diejenigen gedulden zu lassen, welche auf der Straße Plakate ausstießen. Floquet erwiderte, er habe alle diese Vorwürfe, welche, wenn sie fortbauerten, blutige Aufstände herbeiführen könnten. Das müßte und werde auftreten.

Nach einer von dem Boulangisten-Comité abgegebenen Erklärung geht es hin und her die Berichte von seiner Kandidatur in den Departements Jere und Haut-Savoie völlig ungenügend. Das Comité werde aber jeden republikanischen Kandidaten energisch unterstützen, welcher bei einer etwaigen Nachwahl sich mit dem Programm der Kammerauflösung und der Verfassungsrevision zur Wahl stellen werde.

Am Sonnabend Abend gab es auf der Straße zu Paris die Prügeleien, an die sich der Pariser nun wohl als an etwas Regelmäßiges wird gewöhnen müssen. Antisubstantielle Studenten veranfaßten mehrere Anführungen, so bei dem Palais Luxemburg und auf dem Pantheon-Platz. Sie begaben sich jedoch, ohne daß es zu ersten Aufrühen gekommen wäre, in kleineren Gruppen nach der Deputirtenkammer, wo Wangen getroffen waren, um Konflikten vorzubeugen. Gegen 9 Uhr aber begannen die Studenten neue Anführungen auf dem Boulevard St. Michel. Daraus entstanden weitere Zusammenstöße mit Boulangisten. Die Polizei bemühte sich, sämtliche Theilnehmer zu vertheilern. Wie es heißt, waren etwa 12 Personen ziemlich ernstlich verletzt — man kann daraus schließen, welchen Umfang die Prügelei gehabt hat.

Am nächsten Abend fanden weitere Demonstrationen der Studenten nicht statt. Nach 11 Uhr hatte das Quartier latin wieder sein gewöhnliches Aussehen. An verschiedenen Punkten hielten sich zwar noch einige Gruppen auf, aus deren Mitte Plakate entrollen, doch nahm die Zahl der Manifestanten immer mehr ab.

Abends fanden auf der Boulevard einig Demonstrationen derer statt, welche jedoch nicht verbunden wurden. Der Cabinets-Präsident Floquet ließ sich am Mittwoch auf der Brücke die Vertheilung über alle in der Lage des Tages erfolgten Zusammenstöße vorlegen. Boulanger wohnte dem Balle bei der Gesellschaft „Femina de monde“ bei.

Der Ministerpräsident Floquet empfing am Sonntag eine ihm von Deputirten des Seine-Departements vorgestellte Substanten-Abordnung, welche ihm eine Vertheilung gegen das Verhalten der Polizei in den letzten Tagen überreichte. Floquet erwiderte die Delegation, ihre Genossen zu ermahnen, sich ruhig zu vertheilern und erklärte, er sei entschlossen, die Ordnung aufrechtzuerhalten und Störungen derselben energisch zu unterdrücken. Wenn ein brutales Vorgehen der Polizei nachgewiesen werde, so werde er gegen die Schuldigen einschreiten.

Politische Mittheilungen.

* Der Kaiser empfing Sonnabend Nachmittag den Reichszantler Fürsten v. Bismarck von dem Vortrage. So meldet der Reichsanzeiger in einer heute Nachmittag erscheinenden Extra-Ausgabe. Es soll sich dabei um die weiter ausgedehnte Stellvertretung des Kaisers durch den Kronprinzen und um die Anordnungen für den glanzvollen Empfang der Königin Victoria von England gehandelt haben.

* Die Landtagsession würde nunmehr, nachdem das Reichstagsfestestellung vorläufig erledigt ist und das Reichstagsfestestellung wohl nicht mehr in Frage kommt, rasch zu Ende gehen können. Die noch vorliegenden Gesetze, deren Erledigung zu erhoffen ist, werden nicht mehr viel Zeit in Anspruch nehmen, am meisten wohl noch die schleswig-holsteinische Kreis- und Provinzialordnung, die voraussichtlich wegen verschiedener Abänderungen noch einmal an das Herrenhaus wird zurückgehen müssen. In einigen Tagen wird das Herrenhaus auch in die Lage kommen, die zweite Abstimmung über die Verlängerung der Legislaturperiode vorzunehmen. Die noch rückständigen Gesetze könnten wohl bis Anfang Mai erledigt werden. Inzwischen nachdem die Mehrheit des Abgeordnetenhauses sich in der Frage der Verfassungsänderung beim Schlichtung auf den streng formalen Standpunkt gestellt hat, wird wegen der vorgeschriebenen Abstimmungsstufen die Session eine Verlängerung bis tief in den Juni hinein erfahren. Arbeitsstoff für diese lange Zeit ist nicht wenig

händen und man wird daher demnächst eine längere Beratung des Abgeordnetenhauses erwarten dürfen.

Der Berliner Correspondent der Morning Post meldet unterm 20. d.: Nachdem sich die erste Anfrage in Berlin betrefend der sogenannten Kanalextraktion gestellt hat, kommt die Wahrheit allmählich an den Tag. Prinz Alexander von Battenberg sollte auf Einladung des Kaisers nach Charlottenburg kommen, nicht, wie es heißt, für eine Besichtigung, sondern zu einem persönlichen Besuche, wobei der Kaiser, der niemals ein Gefühl aus seiner Bewunderung für die Eigenschaften des Prinzen, ungeachtet der feindseligen Haltung seines Vaters, des Kaisers Willkür, und des Jares, machte, seinen Wunsch, ihn eine militärische Ehrenbeziehung zu erweisen, zu verwirklichen beabsichtigte. Der Besuch und die Absicht des Kaisers wurden indeß von Fürst Bismarck aus politischen Gründen beanstandet. Wahrscheinlich um Fürst Alexander's Stellung in Deutschland, sowie in der Armee unmöglich zu machen, wurde das Gerücht von der Verlobung im Zusammenhang mit dem Besuche von der Hofpartei, in Gemeinshaft mit einigen Mitgliedern des kaiserlichen Hofstaates, ausgebreitet, gleichzeitig mit der Absicht, die Zustimmung gegen die Kaiserin zu erregen. — (Die Morning Post ist nicht unbedingt zuverlässig. Hall. Btg.)

Halbamtlich wird geschrieben: „Durch die deutsche Presse geht jetzt ein Bericht eines der drei Freiburger Studenten, welche kürzlich bei einem Ausfluge nach Belfort von der dortigen Bevölkerung misshandelt worden sind. So sehr wir auch das Ungeheuer unserer Landleute bebauern, so können wir doch nicht umhin, denselben einen großen Theil der Schuld beizumessen. Es ist uns unbegreiflich, daß ein Deutscher sich in heutiger Zeit dazu entschließen kann, französischen Boden zu betreten, es sei denn, daß er durch Verhältnisse dazu gezwungen werde. Zahlreiche Vorgänge aus den letzten Jahren haben es außer Zweifel gestellt, daß die Franzosen nicht mehr zu den civilisirten Völkern gezählt werden dürfen. Der Deutsche wird in Frankreich für völlig rechtslos angesehen, nicht nur von dem Vöbel, sondern auch — das beweist wiederum der Vorkoster Aufruf — von der sogenannten gebildeten Gesellschaft. Wer sich heute nach Frankreich begeben, der setzt sich Gefahren aus, wie sie keine Zeit in irgend einer wilden Völkerstamm mit sich bringt. Wir meinen, schon die Selbstachtung sollte jeden Deutschen davon abhalten, sich so verhalten zu lassen, und wenn er zu nähern, wie unsere weislichen Rathsaner es geworden sind.“

Wie bereits bekannt, hat der Finanzminister in Folge der in diesem Frühjahr vorgekommenen Wasserfluthen die Aufmerksamkeit der Königl. Regierungen auf die Einziehung der direkten Staatssteuern in den betroffenen Bezirken gelenkt. In seiner Verlesung an die Oberpräsidenten der Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen und Hannover weist der Finanzminister darauf hin, daß es vor Allem gebräuchlich sei, in der Anwendung des Zwangsverfahrens gegen Steuerpflichtige, welche aus Anlaß der Wasserfluthen in eine wirklich bedrückte Lage gerathen sind, eine möglichst milde Praxis, sei es in Bezug auf die Stundung, sei es in Bezug auf die Creditationsnachfrage, zu beobachten. Die betheiligten Lokalbehörden sollen entsprechende Anweisungen rechtzeitig erhalten und soll nicht erst das Vorkommen einzelner Fälle von rückständiger Steuer bei den Zwangsverfahren abgewartet werden. Natürlich ist dabei die gehörige Prüfung der Verhältnisse der in Betracht kommenden Steuerpflichtigen rechtzeitig ins Auge zu fassen. In geeigneten Fällen können auch den bestehenden Vorschriften gemäß Steuererlasse auszusprechen werden, auch findet der Finanzminister dagegen nichts zu erinnern, daß für Steuerpflichtige, welche in Folge der eingetretenen Wasserfluthen längere Zeit ohne jeden Verdienst gewesen sind oder einen erheblichen Theil ihres Einkommens verloren haben und dadurch in ihren Vermögensverhältnissen zurückgelassen sind, bezw. ihre Häuser auf polizeiliche Anordnung oder auch freiwillig geräumt haben, ein Klassenbezugswweise Behältererlass von Antzügen eintreten kann. Selbstredend ist dabei voranzusetzen, daß die Erlassbewilligung sorgfältig geprüft und auf das Maß des wirklich Nothwendigen beschränkt wird. Die Oberpräsidenten werden schließlich erucht, unverzüglich das Erforderliche zur Durchführung des Erlasses herbeizuführen und über das Verläufe innerhalb 8 Wochen dem Finanzminister Bericht zu erstatten.

Der költnischen Zeitung ist nachfolgendes Schreiben zugegangen:

Charlottenburg (Schloß), 20. April 1888.
Sehr geehrter Herr Minister! Die königliche Zeitung vom 15. April d. S. enthält eine mit mir meine amtlichen Funktionen betreffende Darstellung. Auf Grund des Beschlusses § 11 et seq. ist die Folgenhaftigkeit zu berücksichtigen. Es ist nicht möglich, daß Herr Minister der Kaiser in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag den schwerer Alkoholsucht befallen worden ist. Diese falsche Angabe beruht auf der Verwechslung von mir, beiderseitig mit einer bedeutender Alkoholsucht. Wiederum erweist sich auch die Thatsache, daß ich die Anwesenheit des Kaisers — und zwar mit Recht — als unbegründet zurückzuweisen habe. Es ist richtig, daß die bisher verordnete rechtswidrige Canale entgegengesetzt zu werden. Aber es ist abzusehen, daß durch meine Verlesung die Lage der Canäle wieder in Verwirrung zu bringen. Die Verlesung der Wahrheit ist sehr bedauerlich worden ist. Dies geht aus dem Urtheile hervor, daß während und nach diesen meinen Verlesungen kein Zweifel über die Richtigkeit der Angaben der Kaiserin. Erst nachdem Herr Minister die Verlesung seine verächtlichen Verlesungen nicht angeht, ist die Einbringung gelang erst dem Dr. Weismann — angeführt hatte, ergab sich während mehrerer Stunden eine reichliche Menge reinen Alkohols. Dabur wird auch die Angabe widerlegt, daß ich Gewissensbisse in irgend einer Weise durch meine Verlesung veranlaßt worden ist.
Nachdrücklich
Dr. Weismann

Wir enthalten uns, bemerkt hierzu die künftige Zeitung, einstimmen in Anbetracht der Verhältnisse einer Kritik dieser Mittheilungen, die in der Hauptache unsere Meinungen bezeugen lassen, und wollen auch einwirken nicht auf die künftigen Darstellungen in einigen künftigen Blättern, die ähnlich wie die hiesigen gehalten sind. Es wird sich zu anderer Zeit dazu Anlaß und Gelegenheit bieten.
* Gegen die in den deutschfreisinnigen Kreisen einseitige Denunciationswuth werden sich jetzt sehr

einige ehrliebe Stimmen aus denselben politischen Lager. So sagt die Berliner „Volkstimme“:

„Gott behüte uns vor unsern Fremden! Es hat den Anschein, als ob gewisse Politiker nicht nur über die Sache ihrer Ehrliebe hinausgehen könnten. Eingebig und unzufrieden, wie sie sind, hüben sie die biblische Theorie: „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ und stößt von ihren Gegnern zu lernen, verfallen sie, sobald nur ein Geruch der Spaltung in ihre Reihen dringt, neuen Verleumdungen und Vorwürfen. Sie früber an ihren Gegnern nicht stark genug zu rügen wußten. Das Verbrechen, dessen ich sie zeitle, ist heilig es selbst“, sagt die hiesige „Ehre“, und ebenso handeln diejenigen Politiker, die wie es jeder in einer anständig freumüthigen Wochenblatt geschrieben, jetzt ohne kriminalistische Untersuchungen darüber anstellen, in welcher Weise die Staatsanwaltschaft gegen Mißthatenbelegter einschreiten sollte. Man kann früher nicht genug berechtigen, die wüthige Normale zu Strafantrag erheben konnte, kann man an derselben Stelle sorgfältig sämtliche Strohabgaben heraus, welche die Handhabung zu einer Denunciation bieten könnten.“

Der Minister für öffentliche Arbeiten hat in einer kürzlich erlassenen Verfügung bestimmt, daß den Hinterbliebenen von Beamten die freie Fahrt zu und von Eisen- und zum Marktverkehr in der bis dahin zulässigen Weise noch während des Gedenkjahres, d. h. vom 1. October 1887 bis zum 30. September 1888, fortzusetzen, daß der bisherige Wohnort nicht verändert wird.“

Aus Genua fin 5000 Kr. in Berlin eingeflossen, welche die erste Rate der unter den Deutschen in Genua zu Gunsten der durch die Wasserfluthen betroffenen Gebiete Nordwestdeutschlands veranstalteten Sammlung bilden. Eine zweite Liste ist noch im Umlauf; dieselbe wird wahrscheinlich ca. 500 Kr. einbringen. Die menschenfreundlichen Geber können sich des Dankes der deutschen Bevölkerung vergewissern halten.

Abermalige Hochwasserbefürchtungen herrschen am Riesengebirge. Dort hat seit gestern nach wolkensicheren Tagen im Hochgebirge ein rapides Steigen der Gebirgsflüsse stattgefunden. Der Baden in Geroldsdorf und Knersdorf ist vielfach über d. Ufer getreten. Wobersland 2 Meter.

Zu den schon bekannt gewordenen, vom Kaiser vollzogenen Standeserhöhungen ist noch die Erhebung der Geh. Kommerzienrath Krupp in Eisen und Stumm in Reuentiden in den Preußenrath zu verzeichnen. Ferner werden auch Geh. Kommerzienrath Schwabach und Bankier Oskar Hainauer genannt, welche beide gedankt worden sein sollen. Die gleiche Auszeichnung wäre einer Reihe von Beamten und der Kaufmann Jugodacht. Man nennt — ohne Gewähr — die Professoren Wenzel, Meyerhoff und Wegas.

Abgeordnetenhaus.

48. Sitzung vom 21. April. 11 Uhr.
Am Ministerische: v. Buchfamer, v. Voetischer, Dr. Ucius, v. Gohler, v. Schloß und Kommissionen.

Am 21. April 1888. Die dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Vertheilung der Staatsbeiträge.

Abg. Friedrichs lenkt die Aufmerksamkeit der Regierung auf die mit der Einsetzung an der Meeresküste verbundenen Gefahren. Anzeigerbecker Hamburg wären zunächst im eigenen Selbstinteresse ihrer Sicherheit zu gewahren, um die Stromabwärts der Meeresküste zu vermeiden. Diese zu vermeiden, ist die Einsetzung bei Westphalen und Ostphalen zu vermeiden, ist sehr wichtig und unzureichend erfüllt worden. Im allgemeinen Interesse sei ein Zusammenwirken von Reich und Provinzen zu empfehlen, um die Gefahren zu vermeiden. Die Aufmerksamkeit der Regierung ist durch den Bericht des Reichsanwalts v. Meierhoffen und Kultusverweser.

Minister Dr. Ucius: Die Verhältnisse in der Unterelbe bieten besondere Schwierigkeiten. Die Provinzen haben die Aufmerksamkeit der Regierung schon seit Jahren in Anspruch genommen. Es grenzen dort verschiedene Gebiete von Mecklenburg und Hamburg, so daß ein einheitliches Zusammenwirken sowohl der Stromabwärts als auch der Stromaufwärts erforderlich ist. Die Provinzen sind durch die diesjährige Einsetzung noch vermehrt. Es handelt sich um eine Einsetzung in einer Länge von etwa 100 Kilometern. Das gegenüber einer solchen Einsetzung die geographischen Verhältnisse sind ausnehmend, ist klar. Dazu ist der Hebel, daß die Provinzen die Stromabwärtsverwaltung nicht in Besitz von Eisbrechern vor. Ich hoffe, daß die Verhandlungen dazu führen werden, daß die Verwaltung mit dem nöthigen Material ausgestattet wird, um solchen Gefahren zu begegnen. Die Provinzen sind zu empfehlen, die Provinzen der Stadt Hamburg an. Sie sind im oberen Lauf der Elbe nicht anwendbar gewesen und konnten erst beim erhöhten Wasserstande zugezogen werden. In dieser Beziehung trifft also Niemand der Provinzen einer Provinz einen Schaden. Eine andere Verbindung zwischen der Stadt und Stromabwärtsverwaltung wird von uns bereits angestrebt. In dem Momente der Gefahr hat sich allerdings bisher auch einzelner Zweifelsfälle ergeben. Die Stromabwärtsverwaltung hat ohne Weiteres alles Entschlossenheit und Entschlossenheit. Eine Benutzung des einzelnen Hofers zu Meliorationen und Kultusverweser halten auch wir für wünschenswert. Gemüthlich werden aber die Dinge an der Provinzialität der dazu erforderlichen Anlagen, und wenn man nicht, was die Provinzen sind, und können nur in den letzten Jahren gesehen werden, wenn es sich um verhältnismäßig kleine Flächen handelt.

Abg. v. Miningerode: Ich halte es für meine Pflicht, der Regierung eine Anregung zu der Erklärung zu geben, inwiefern sie geneigt ist, die erforderlichen Vorkehrungen zum Schutz des Dammbrechens bei Jonsdorf und zur vollständigen Ausbesserung und Ausbesserung des Ueberflutungsgebietes zu treffen. Wenn eine Vertheilungsbefugnis auch nur ganz ausnahmsweise möglich ist, so wäre dies zu thun, daß wenigstens das bisher gelungene Terrain möglichst hoch von Wasser befreit wird, damit dort noch eine Ernte ermöglicht wird. Die Bevölkerung der Niederung leidet in großer Sorge, und die Regierung würde zu ihrer Vertheilung viel beitragen, wenn sie eine entsprechende Unterstützung leisten würde.

Minister Dr. Ucius: Ich bin in der angenehmen Lage, erklären zu können, daß jetzt bereits an der Entscheidung des Reiches bei Jonsdorf gearbeitet wird. Einmal wird mit dem Reichsminister in Verbindung treten, und die Provinzen die höchsten Wasserwerke abgeben. In der Zwischenzeit ist es nöthig, das Material an Mägen und Maschinen herbeizuführen. Es ist nicht nur die Sicherheit zu konstatieren, wie die Ausbesserungen in den nächsten Jahren. Sie sind davon auszugehen, daß eine vollständige Ausbesserung in einer Länge von 300 Meter projektiert ist, zunächst den Bruch absatzungen. Man glaubt, wenn nicht neue Zwischenfälle und Beschädigungen eintreten, etwa in 8 Wochen die natürliche Entschärfung vollständig zu Stande kommen wird. Die Provinzen, welche über den Niveau des mittleren Wasserstandes liegen, von dem Wasser befreit werden. Die Provinzen wird beauftragt werden müssen, um die künftigen Schöpfwerke wieder in Stand zu setzen. Die Provinzen werden sich auch nach dem Wasser abgeben und sich selbstständig machen. Nach dem Gutachten der betreffenden Kommission nimmt man an, daß etwa bis Anfang August das Wasser durch künftige Wundwerke befreit werden kann. Ob nicht doch einige der höchsten Stellen noch unter Wasser stehen, ist sehr bedauerlich. Man glaubt, daß dies nur in sehr geringem Umfange der Fall sein wird. Ich hoffe, daß die Erklärung zur Vertheilung der dorthin Geböhrer beitragen wird.

Abg. Geer (nat.) empfiehlt die Anlage von Stütz- und stützlichen im Bremerberg Kanal und bittet, auch die Ver-

hältnisse im Sobolsee einer eingehenden Untersuchung unterziehen zu lassen.

Wg. Oberbaurath Biele erklärt, daß diese Vorlesung in Erwägung gezogen werden sollen.

Abg. Knop (son.) lenkt die Aufmerksamkeit auf die Schäden, welche bereits die Frühfluthen im Kreis Preßlau, im Kreis Namnetlich in den Städten Neulich und Weitzen, den Dörfern Kuster und Modritz und in der Oberelbe bei Carolath verursacht habe, und bittet, auch den dortigen Bewohnern die Abholzung des Gelezes zu Theil werden zu lassen. Die Abholzung des Gelezes ist eine sehr wichtige Maßnahme, da bei der Vertheilung der Beilagen an Einzelne zur Erhaltung im Haus- und Viehbestand, da bei der Vertheilung der Summen auf die Höhe der Beitrag auf den Kopf nur geringe Summen, ein gewisses Maß erreicht werden. Die Höhe des durch Wasser beschädigten Areals ist ein wenig geringfügiger Maßstab, bei dem 3. keine Härten mit ihrem geringen Areal im Nachteil sein würden. Es müßte auch die Abholzungsbefugnis des einzelnen Beschädigten und die Möglichkeit seiner Rehabilitation geprüft werden. In der Regel würde die Beiliste ohne die Anlage der Maßgebür zu geben sein. Es ist empfehlenswert, nicht die ganze Summe mit einem Male zu vertheilen, und daher noch Mittel zur Verfügung zu haben. Wobersland in Polen ist die Abholzungsbefugnis der Bewohner gerath, da dieselbe nicht wie in anderen Orten zu erhalten ist, sondern nur Sand auf den überfluteten Gebieten übrig bleibt.

Abg. Sömmerer (nat.) bemerkt, daß in der Stadt Völs gerade die ärmere Bevölkerung betroffen ist. Die Abholzung der Beilisten ohne die Anlage der Maßgebür zu geben. Die Bewohner in Völs seien nicht rechtzeitig genahrt worden. Mit aller Energie müsse dahin gewirkt werden, daß durch ein großes Radriemchen Menschenleben nicht mehr in Gefahr gebracht werden. Die Abholzung der Beilisten ohne die Anlage eines Entschärfungsgebietes beabsichtigt werden können.

Damit schließt die Generaldebatte.

Zum § 1 liegt ein Antrag des Abg. Gerlich vor, der besagt, die Mittel auch zur Anlage etw. anderer Anlagen zur Vertheilung zu stellen.

Minister Dr. Ucius, daß die Zahlung der Beiträge vollständig ausreicht. Es ist jedoch nicht möglich, die Zurückhaltung mehrer Deiche notwendig sei. Er könne die Annahme des Antrages deshalb nicht empfehlen.

Abg. Döring (nat.) lenkt die Aufmerksamkeit auf die Vertheilung, welche aus den fiskalischen Mitteln nöthig werden werden.

Abg. Gerlich zieht seinen Antrag zurück und tritt noch für ein besseres Telegraphenwesen zwischen den Deichbereichen ein, um das Nachrichtenwesen zu verbessern.

§ 1 wird angenommen ohne Debatte § 2. Zu § 3, welcher die Bestimmungen über die Aufnahme der Anleihe durch Veräußerung von Schuldverschreibungen enthält, beantragen die Abg. Brande (Zöndern) und Sattler folgende Zusatz:

„Zinsen und Rückzahlungen der gewährten Staatsanleihen sind zur Tilgung von Staatsanleihen zu verwenden, bezw. auf Bewilligung neuer Staatsanleihen zu verwenden.“
Nach der Begründung des Antrages durch den Abg. Brande (Zöndern) erklärt

der Finanzminister v. Scholz, daß er das Prinzip des Antrages anerkenne, obwohl, wenn ein Etat zu Darlehen an Nothbedürfnisse eine Schuld annehme, es prinzipiell richtig ist, daß die Zinsen, die der Staat aus dem Darlehen zu zahlen hat, wieder auf den Staat zu zahlen werden. Es ist aber wiederholt bestritten, daß wir zur effektiven Schuldentilgung nicht mehr Mittel verwenden können, und ich bin bereit, nach dem Antrage die Zinsen und Rückzahlungen zur Schuldentilgung zu verwenden. Ich bin bereit, die Zinsen und Rückzahlungen der gewährten Staatsanleihen zu verwenden, bezw. auf Bewilligung neuer Staatsanleihen zu verwenden.

Abg. Brande-Zöndern nimmt hiernach seinen Antrag zurück.

§ 3, der Best der Vorlage und das Gesetz im Ganzen werden angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzesentwurfs betr. die Vertheilung der Staatsbeiträge.

Nach der Beschließung der Kommission und der zweiten Lesung sind im § 1 die Staatsbeiträge folgendermaßen zu leisten: 1) für einen alleinstehenden sowie einen ersten ordentlichen Lehrer 400 M.; 2) für einen anderen ordentlichen Lehrer 300 M.; 3) für einen ersten ordentlichen Lehrer 200 M.; 4) für einen zweiten ordentlichen Lehrer 100 M.; 5) für einen Hilfslehrer und eine Hilfslehrerin 100 M.
Seite liegen drei Anträge vor, die Staatsbeiträge anders zu bemessen. Abg. Brande: ad 1 statt 400 zu setzen 360 M., ad 2 statt 300 zu setzen 260 M.;
2) von den konfessionellen Abg. Altkanzl und Genossen: ad 1 statt 400 zu setzen 300 M. und statt 200 zu setzen 160 M.;
3) von den Abg. Döring (nat.) und Genossen: ad 1 statt 400 zu setzen 300 M., ad 2 statt 200 zu setzen 160 M., ad 3 statt 100 zu setzen 80 M.
Außerdem ist zum § 4 (siehe 4) wiederum der Antrag der Abg. Sobotta, v. Holz und v. Schütz eingegangen, in den die Zinsen und Rückzahlungen der Staatsanleihen zu verwenden, bezw. auf Bewilligung neuer Staatsanleihen zu verwenden, welche das Gesetz befreit.

In der Generaldebatte erklärt

Abg. v. Rauchhaupt, daß seine konfessionellen Parteigenossen mit Ausnahme des § 1 einmüthig für die Kommission'sche Beschließung, bezw. die Beschließung zweiter Lesung stimmen werden. Nur in Bezug auf § 4 wollen wir den finanziellen Bedenken der Regierung entgegenkommen und die Staatsbeiträge etwas ermäßigen.

Abg. Windthorst (Centr.): Meine Freunde werden ebenso stimmen wie die Konfessionellen, b. I. die Beschließung der zweiten Lesung annehmen; nur in Bezug auf § 1 behalten wir uns freie Hand, und im Bedenken des Finanzministers gerath zu werden. Es wird uns daher, für den Gesetzesentwurf zu stimmen, wir thun, was wir thun können, und wir werden die Staatsbeiträge vermindern werden zur Aufbesserung der Lehrergehälter. Wir nehmen Akt von der Erklärung derjenigen, welche die Nothwendigkeit der Vertheilungsbefugnis leugnen, daß die Provinzen der Gemeinden zur Schuldentilgung befreit sind, aber den Kreis der Schuldentilgungsbefugnis direkt einzureichen. Ich habe gemerkt, daß auch in Bezug auf § 1 die Beschließung zweiter Lesung beibehalten werden können. Ich werde also die dritte Lesung annehmen. Ich werde auch die dritte Lesung annehmen, bezw. auf Bewilligung neuer Staatsanleihen zu verwenden, welche das Gesetz befreit.

Abg. Niderer (frei): Die Konfessionellen gehen mit auf die National-Vorlesung angebotene Kompromisse ein; das hat sich schon vorher gemeldet, während die National-Vorlesung sich noch fassen. Die Konfessionellen sind bereit, für die Regierungsvorlage im § 4 (früher § 6) stimmen; in Bezug auf den § 1 werden wir den Beschließungen der zweiten Lesung zustimmen oder ihnen möglichst nahe bleiben. Seit 1880 hat der Reichsanwalt sich für die Bewilligung der Staatsanleihen zu mehrfachen Malen erklärt, ohne daß die Konfessionellen bisher dagegen Widerpruch erhoben haben. Jetzt zeigen die Provinzen, welche 150 Millionen Mark neuer Steuern bewilligt unter der Bedingung, daß ein entsprechendes Programm des Reichsanwalts auszuführen. (Herrn v. Schütz: Was ist das?)
Abg. v. Schütz: Wir haben uns den Wünschen der Freunde des Abg. v. Rauchhaupt in dem weitesten Maße anbequemt; wir haben uns bereit gefunden, trotz des Widerpruches gegen § 7 (Vertheilungsbefugnis) für das Gesetz zu stimmen, auf der

mitting wurden die 14 Kisten öffentlich versteigert und ist somit der Bachmeister zu seinem Gelede gekommen. ...

Aus aller Welt.

Fürst Bismarck und der Selbstmord. Am Mittwoch Abend brachte sich ein Handwerker zu Berlin in ...

Von den eigenen Ansichten erwidern. Aus London wird der „S. S.“ gemeldet, daß der Geistliche R. in ...

Die Weingeldsächse von A. Wilhelm in Sattenheim wird in eine Aktien-Gesellschaft mit einem Kapital von 200,000 M. ...

Auf der Generalversammlung der Südbahn, am der 24. d. M. ...

Die Generalversammlung der Konföderierten ...

Die Generalversammlung der Konföderierten ...

Die Generalversammlung der Konföderierten ...

Die Generalversammlung der Konföderierten ...

Die Generalversammlung der Konföderierten ...

Die Generalversammlung der Konföderierten ...

Die Generalversammlung der Konföderierten ...

wurden. Demnach kamen einige Verwundungen vor. Eine Bande von 200 Menschen verlor ...

Rom, 22. April. Der Papst empfing die polnischen und russischen Botschafter ...

Rom, 22. April. Der König von Schweden flattede dem Papste einen längeren Besuch ab ...

Berlin, 21. April. Die heutige Wölfe entsetzte der Anzug, demnach haben sich die Stimmung nicht als unangenehm ...

Genève am 21. April. Die Oesterreichische Kredit-Anstalt ...

Deutsche Reichsanleihe 4% 107,60 fl., 3 1/2% 101,25 fl., 3% 101,80 fl. ...

Waren- und Produktensberichte.

Waid. Berlin, 21. April. Waiden per 1000 Stübe loco fest, Termine in fester Haltung ...

Waid. Berlin, 21. April. Waiden per 1000 Stübe loco fest, Termine in fester Haltung ...

Waid. Berlin, 21. April. Waiden per 1000 Stübe loco fest, Termine in fester Haltung ...

Waid. Berlin, 21. April. Waiden per 1000 Stübe loco fest, Termine in fester Haltung ...

Waid. Berlin, 21. April. Waiden per 1000 Stübe loco fest, Termine in fester Haltung ...

Waid. Berlin, 21. April. Waiden per 1000 Stübe loco fest, Termine in fester Haltung ...

Waid. Berlin, 21. April. Waiden per 1000 Stübe loco fest, Termine in fester Haltung ...

Waid. Berlin, 21. April. Waiden per 1000 Stübe loco fest, Termine in fester Haltung ...

Waid. Berlin, 21. April. Waiden per 1000 Stübe loco fest, Termine in fester Haltung ...

Waid. Berlin, 21. April. Waiden per 1000 Stübe loco fest, Termine in fester Haltung ...

Waid. Berlin, 21. April. Waiden per 1000 Stübe loco fest, Termine in fester Haltung ...

Waid. Berlin, 21. April. Waiden per 1000 Stübe loco fest, Termine in fester Haltung ...

Waid. Berlin, 21. April. Waiden per 1000 Stübe loco fest, Termine in fester Haltung ...

Waid. Berlin, 21. April. Waiden per 1000 Stübe loco fest, Termine in fester Haltung ...